

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

14.09.2012

Ausschussbetreuender Fachbereich

Umwelt und Technik

Schriftführung

Doris Kamenzky

Telefon-Nr.

02202-141484

Niederschrift

Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr
Sitzung am Mittwoch, 18.04.2012

Sitzungsort

Geänderter Sitzungsort!

Rathaus Gladbach, Großer Sitzungssaal, Konrad-Adenauer-Platz 1, 51465 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 19.14 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

A Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**

- 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr vom 08.03.2012 - öffentlicher Teil -**

- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr am 08.03.2012 -öffentlicher Teil-
0182/2012**

- 4 Mitteilungen des Vorsitzenden**

- 5** **Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 5.1** **Gutachterliche Bewertung zum Bebauungsplan Nr. 6540 -Gewerbegebiet Lustheide-
Schalltechnische Untersuchung und Untersuchung der Luftschadstoffsituation**

- 6** **Parkraumbewirtschaftungskonzept - Erfahrungsbericht**
0180/2012

- 7** **Information zum Baustellenmanagement in Bergisch Gladbach**
0190/2012

- 8** **Lückenschluss Radweg Bensberger Straße**
0188/2012

- 9** **Beschluss über die Erstellung des Teil-Umsetzungsfahrplans für Strunde,
Frankenforstbach und Saaler Mühlenbach**
0184/2012

- 10** **Ausbau der Straße "Neuer Traßweg"**
0189/2012

- 10.1** **Wiederherstellung der Einmündungsbereiche Hauptstraße/Tannenbergstraße und
Hauptstraße/Dechant-Müller-Straße**
0207/2012

- 11** **Verkehrsplanung Östliche Stadtmitte - Grundsatzbeschluss zum Umbau des
Verkehrsknotens Odenthaler Straße / Hauptstraße**
0167/2012

- 12** **Anfragen der Mitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Nach Besichtigung der Fußgängerzone begrüßt der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr des Rates der Stadt Bergisch Gladbach, Herr Peter Mömkes, um 17.00 Uhr die anwesenden Teilnehmer der 16. Sitzung des Ausschusses in der achten Wahlperiode und eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Ausschuss ordnungs- sowie fristgemäß eingeladen wurde und beschlussfähig ist.

Die Teilnehmer ergeben sich aus dem als Anlage beigefügten Verzeichnis. Auch die Ergänzung der Tagesordnung sei rechtzeitig, spätestens 4 Tage vor Sitzungsdatum, eingegangen.

Herr Mömkes informiert, dass im Anschluss die Sachverständigen, Herr Sökeland von der ACCON Köln und Herr Streuber von PEUTZ Consult, ihre Schalltechnischen Gutachten und Gutachten zur Luftschadstoffsituation im Bereich des Bebauungsplans Nr. 6540 – Gewerbegebiet Lustheide - vorstellen werden.

Herr Zalfen bittet für die SPD-Fraktion TOP 11 zu vertagen, da Beratungsbedarf bestehe, insbesondere die Planungsausschusssitzung am 19.04.2012 abzuwarten, um zunächst zu überlegen, was gebaut werden solle, ehe man sich Gedanken über die Verkehrsregelung mache.

Herr Höring bestätigt den Beratungsbedarf. Er regt an, den Punkt kurz zu diskutieren und dann zu vertagen, um als Verkehrsausschuss dem Planungsausschuss Anregungen mit auf den Weg geben zu können.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr vom 08.03.2012 - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr am 08.03.2012 -öffentlicher Teil- 0182/2012

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

4. Mitteilungen des Vorsitzenden

Keine

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

5.1. Gutachterliche Bewertung zum Bebauungsplan Nr. 6540 -Gewerbegebiet Lustheide- Schalltechnische Untersuchung und Untersuchung der Luftschadstoffsituation

(Die Power Point Präsentationen sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.)

1. Zunächst informiert Herr Sökeland über die Schalltechnischen Untersuchungen.

Auf Nachfrage von Herrn Galley zur letzten Folie des schalltechnischen Gutachtens zu den bis zu 5 dB(A) niedrigeren Beurteilungspegeln durch Bewuchsdämpfung fasst Herr Sökeland zusammen, dass die richtliniengemäße Berechnung nach RLS 90 (Richtlinie für den Schallschutz an Straßen) und der Sechzehnten Verordnung zur Durchführung des Bundesimmissionsschutzgesetzes erfolge. Diese Berechnungen würden immer zum gleichen Ergebnis führen, unabhängig davon, ob der Wald 100 m, 20 m oder 30 m tief oder gar nicht vorhanden sei, da sie keine Bewuchsdämpfung auf dem Ausbreitungswege vorsähen.

Die Differenz ergebe sich allein dadurch, dass man dem Einwand der Bürgerinitiative nachgegangen sei und ermittelt habe, was sich wie auswirke. Dazu sei erforderlich gewesen zunächst darzustellen, wie sich die Situation richtlinienkonform ergebe und danach wie unter Berücksichtigung des bestehenden Waldes. Der Unterschied der 5 dB(A) ergebe sich aus den beiden unterschiedlichen Berechnungsmethoden bei Rodung des gesamten Waldes auf der gesamten Fläche zwischen Neufeldweg und Autobahn.

Aufgrund der Tatsache, dass nur ein kleiner Waldabschnitt wegfalle, unmittelbar hinter Gahrens und Battermann und der Berücksichtigung des 40 Meter Streifens entlang der Autobahn, bleibe nur die wirkliche Pegeldifferenz, mit Ausnahme der Planstraße, von unter einem dB(A).

Herr Dr. Steffens merkt an, dass die sich wenig anhörenden 5 dB(A) keineswegs zu vernachlässigen seien. Ihm erscheine es unlogisch, dass man bei den Berechnungsverfahren Dämpfungen durch Wald oder Hecken überhaupt nicht berücksichtige und frage nach dem Grund.

Herr Sökeland erklärt, dass der Gesetzgeber die Bewuchsdämpfung bei den Berechnungen des Straßenverkehrslärms bewusst nicht mit berücksichtige, weil es sonst eine Schallschutzmaßnahme wäre, die gesichert und bei Wegfall ersetzt werden müsse. Hier werde für den Bürger zunächst pessimistisch gerechnet, aber die höheren Werte bei Lärmschutzmaßnahmen, die gegebenenfalls getroffen werden, berücksichtig.

Herr Schallehn vergewissert sich, dass nicht gemessen, sondern berechnet worden sei. Er fragt nach der wissenschaftlichen Grundlage dafür, den Wald nicht einzubeziehen. Oder werde der Wald deshalb zunächst pessimistisch in diesem Rechenverfahren angesetzt, zum Schutz des Bürgers, weil man ein Gewerbegebiet betrachte.

Herr Sökeland informiert, dass die Bewuchsdämpfung in der DIN ISO 9613 auf Gewerbelärm abziele. Es gebe andere Untersuchungen, die eine höhere Dämpfung in Ansatz bringen würden, doch dadurch ändere sich an der Pegeldifferenz nichts, weil man immer über die gleiche Menge Bewuchs spreche, die weggenommen werden müsse.

Herr Mömkes fragt zu der Lärmausbreitung, ob es zutreffe, dass die Lärmschutzwand an der Autobahn verhindere, dass der Schall sich horizontal in das angrenzende Gebiet hinein bewege. Der Schall werde an dieser Lärmschutzwand vertikal nach oben geleitet und falle irgendwo wieder hinunter.

Herr Sökeland bestätigt dies. Man habe zwei Effekte. Zum einen eine direkte Hinderung der Pegelausbreitung durch die Lärmschutzwand und zum anderen eine Ablenkung des Lärmstrahles über die Kante der Lärmschutzwand in einer Beugung von 15°. Durch die Wegnahme des Schalls durch die Lärmschutzwand werde ein deutlich geringerer Pegel in den Wald ausgebreitet als ohne Lärmschutzwand.

Herr Sökeland bejaht, dass sich der Schall durch die Baumkronen fortsetze und verneint, dass sich der Schall ohne Baumkronen eventuell verflache.

2. Herr Streuber informiert über die Luftschadstoffsituation

und fasst zusammen, dass der verbleibende Waldstreifen ausreiche, um an der Schadstoffsituation Lustheide nichts zu verändern.

Auf die Frage von Herrn Wagner informiert Herr Streuber, dass der Wind von der Autobahn zum Wohngebiet, also von Südost nach Nordwest blase.

Herr Mömkes verweist auf die Karten zu den Ausbreitungsberechnungen, dass die Schadstoffbelastung durch die Straße Lustheide auf das Wohngebiet An der Wasserdelle deutlich größere Auswirkung habe als die Autobahn. Herr Streuber bestätigt diese Feststellung. Aber auch bei z.B. 1.400 zusätzlichen Fahrten in das Gewerbegebiet, die sich auf das Wohngebiet bemerkbar machen würden, würden im gesamten Untersuchungsgebiet alle Grenzwerte eingehalten werden, sowohl die Jahresmittelwerte für Stickstoffdioxid in Höhe von 40 Mykrogramm als auch die Feinstaubwerte in Höhe von 29 Mykrogramm im Jahresmittel, gleichbedeutend mit der Einhaltung der zulässigen 35 Überschreitungstage pro Jahr.

Herr Höring fragt nach der Straße Lustheide und nach der Planstraße, wie weit man die Schadstoffe noch messen könne, bevor sie in den Hintergrundbereich gehen.

Herr Streuber informiert, laut Skala 50 bis 60 m, aber auch entlang der Straße Lustheide an der Wohnbebauung seien mit der Zusatzbelastung die Grenzwerte eingehalten.

Herr Mömkes weist nachdrücklich darauf hin, dass das Wohngebiet zwischen Lustheide und Im Hilgersfeld allein durch die Befahrung der Straße Lustheide hinsichtlich Schall und Schadstoffen bereits jetzt ganz deutlich belastet sei, unabhängig von jeder Veränderung am Gewerbegebiet. Herr Streuber bestätigt dies, weist jedoch darauf hin, dass sowohl für Schall als auch für die Luftschadstoffbelastung die geltenden Grenzwerte eingehalten werden.

Herr Dr. Steffen kann nachvollziehen, dass NO₂ sich hauptsächlich um den Entstehungsort konzentriert, fragt aber nach Ozon und sonstigen Fotooxydantien, die sich erst in einiger Entfernung bilden. Er fragt, ob Einzelereignisse berücksichtigt würden oder die Werte gemittelt würden, da die Grenzwerte scheinbar immer eingehalten würden.

Herr Streuber informiert, dass Ozon hier nach BImSchG nicht berücksichtigt werde, da dafür ein anderes Regelwerk gelte. Zulässige Ozonwerte würden aber auch in derartigen Situationen vollkommen eingehalten.

Er führt weiter aus, dass Feinstaub als inerte Stoff nicht auf den Ausbreitungsweg reagiere.

In der NO₂ Transport-Immission wirken fotochemische Vorgänge, Stickstoffdioxid werde berechnet mit Stickoxiden, einer Kombination aus Stickstoffmonoxid und Stickstoffdioxid. Das Gemisch verhalte sich inert (Stoff reagiert nicht auf dem Ausbreitungsweg) und werde erst am Immissionsort auf den NO₂ Wert zurückgerechnet, wo auch Ozon wieder einfließe.

Bei Grenzwerten gebe es den Stunden-, Tages- und Jahresmittelwert. In einem Stundenmittelwert werde ein einzelnes Ereignis erfasst. In der Bauphase könne ein einzelner Wert überschritten werden. Das Modell könne nur mit Jahresmittelwerten arbeiten, die aus der Statistik abgeleitet würden. Selbst bei einzelnen Ausreißern im Tagesmittelwert, wie vorliegend starker Baustellenverkehr während der Bauphase oder grundsätzlich Osterfeuer oder Silvesterfeuerwerk, würde der Jahresmittelwert eingehalten.

Herr Santillán ist zwischenzeitlich eingetroffen.

Er äußert sich verärgert über die fehlende Ankündigung der Gutachtervorträge, die er teilweise verpasst habe. Er regt an sich zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal vertieft damit zu befassen.

Herr Mömkes bestätigt dies für den Fall, dass der Bebauungsplan weiter fortgeführt werde. Darüber hinaus weist er auf seine zu Beginn der Sitzung gemachten Ausführungen hin, die Verwaltung gebeten zu haben, die beiden Gutachter auch kurzfristig in die aktuelle Sitzung einzuladen. Er bedankt sich allseits für die Umsetzung dieses Wunsches. Er sei der Meinung, dass der Umweltausschuss sich als erstes mit dieser Thematik zu befassen habe.

6. Parkraumbewirtschaftungskonzept - Erfahrungsbericht

0180/2012

Herr Widdenhöfer stellt die Mitteilungsvorlage seines Fachbereichs vor und weist auf zwei ergänzende Tischvorlagen hin. (Sind der Niederschrift beigelegt.) Die erste zeige die Einnahmen und die wirtschaftliche Auslastung der einzelnen Parkscheinautomaten in 2011 und stehe im Zusammenhang mit der der Einladung beigelegten Anlage, in der darauf hingewiesen werde, welche Auslastung durch das gebührenfreie Kurzzeitticket entstanden sei.

Die zweite zeige die Parkgebühren ausgewählter 43 Städte und wie das gebührenfreie Parken dort geregelt sei, sowie die jeweilige Gebührenregelung.

Herr Schlaghecken fragt, ob die Parkpalette auch von der Verpflichtung zur Zahlung von Umsatz- und Mehrwertsteuer erfasst werde, was Herr Widdenhöfer bejaht.

Herr Schallehn äußert im Namen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN die Auffassung, dass eine Stadt im Nothaushalt es sich nicht leisten könne, mehrere Hunderttausend Euro für das kostenlose Parken auszugeben. Es sei besser, darauf zu verzichten. Daher sei dieser Betrag auch als Deckungsvorschlag unterbreitet worden.

Er bitte um konkrete Zahlen, wie hoch sich der tatsächliche Einnahmeausfall durch die Brötchentaste jedes Jahr bemesse.

Zum Zweiten gehören für ihn die Verwarnungsgelder untrennbar zu den Parkgebühren. Er fragt nach deren Entwicklung und bittet um konkrete Zahlen für 2010 und 2011. Ihn interessiere, ob es Schwerpunkte im Prüfverhalten gebe und ob die Abendstunden genauso kontrolliert würden wie die Stunden mittags oder bei Marktbetrieb.

Herr Dr. Steffen merkt zu Punkt 2 an, dass offensichtlich die privaten Parkplatzangebote stärker genutzt würden, wodurch die städtischen Einnahmen abnähmen. Daraus könne geschlossen werden, dass der Parkplatzwegfall auf dem Buchmühlenparkplatz die Bürger veranlasse, z.B. die Garage in der Rhein Berg-Galerie anzufahren.

Die Einnahmeausfälle an den Adventssamstagen könne der Einzelhandel selbst übernehmen ähnlich der Gepflogenheiten in Leverkusen.

Stattdessen könne man darüber nachdenken, das Busfahren zu verbilligen oder die Taktichte der Wupper-Sieg zu erhöhen. Er erinnere sich daran, dass in der Vergangenheit an den Adventssamstagen normaler Werktagsverkehr gewesen sei.

Auch könne man Missbrauch mit der gebührenfreien Parkzeit beobachten, wenn einer im Auto sitzen bleibe während der andere einkaufe.

Herr Wolf rechnet die möglichen Einnahmen zur Brötchentaste hoch, dass bei Multiplikation mit den einzelnen Faktoren ein Betrag in Höhe von 250.000 € errechnet werde. Aber man könne nicht davon ausgehen, dass das bisherige Parkverhalten beibehalten werde. Stattdessen müsse man einkalkulieren, dass viele das Risiko eingehen würden, nicht zu bezahlen oder aber eine zweite Fahrt in die Stadt auf einen gebührenpflichtigen Parkplatz unterlassen. Vielfältige Spekulationen seien möglich. Mehr als 100.000 € Einkünfte seien aus seiner Sicht nicht realistisch.

An Verwarnungsgeldern seien in 2011 860.000 € eingenommen worden. Kontrolliert werde schwerpunktmäßig zunächst da, wo falsches Parken mit massiven Behinderungen oder Gefährdungen anderer Verkehrsteilnehmer verbunden sei, in Feuerwehruzufahrten, auf Geh- und Radwegen und Zonen des absoluten Halteverbots. Wochenweise würden Pläne erstellt um eine sachgerechte Routenaufteilung durchzuführen. In den Abendstunden zwischen 18.00 Uhr und 20.00 Uhr werde nicht so häufig kontrolliert, nicht allabendlich aber doch mehrmals in der Woche und auch nicht flächendeckend über die Stadt wie tagsüber.

Herrn Santillán interessiert hinsichtlich der besseren Annahme der privaten Parkplätze, wie in der Rhein-Berg Galerie, welche konkreten Beurteilungskriterien zu der Formulierung „offensichtlich“ geführt haben. Er könne sich vorstellen, dass es für den Bürger attraktiver sei, auf den privaten Parkplätzen die Parkgebühren zum Schluss zahlen zu können. Das gewähre mehr Spielraum für den Verbleib in der Stadt. Die Verwaltung möge diese Tatsache in ihre Überlegungen einbeziehen. Ferner begrüßt er grundsätzlich die gebührenfreien Adventssamstage und auch die Kurzzeitparktaste, um die Städte zu beleben. Er präferiere die Gelder in den öffentlichen Nahverkehr zu leiten und z.B. Buslinien kostenlos in die Stadtmitte fahren zu lassen.

Herr Zalfen regt für die SPD-Fraktion an, als Alternative zur Brötchentaste mit der VIB über Rückzahlungsmodalitäten der Parkgebühren zu verhandeln. Die Adventssamstage von Parkgebühreneinzahlungen freizuhalten solle beibehalten werden, zumal im Dezember im Gegensatz zu den Ferienzeiten bei den Einnahmen keine signifikanten Einbrüche zu verzeichnen seien. Drittens schlägt er vor, mit einer moderaten Bewirtschaftung des Parkplatzes vor der Eissporthalle, der von vielen Mediteranabesuchern mitgenutzt werde, zu beginnen, mit moderaten Tagespreisen, z.B. 2 €/Tag

Herr Mömkes gibt zu bedenken erst ab mittags Gebühren zu fordern, da auch viele Oberstufenschüler der Otto-Hahn-Schule den Parkplatz nutzen würden.

Herr Widdenhöfer sagt die Prüfung dieser Anregung zu.

Die Rückzahlungsmodalitäten seien mit der VIB diskutiert worden und ein Versuch vor Jahren wenig erfolgreich gewesen. Er werde erneut verhandeln, auch mit dem Argument der Werbewirksamkeit für den einzelnen Händler. Technische Schwierigkeiten seien nicht zu erwarten.

„Offensichtlich“ sei das Ergebnis von regelmäßiger in Augenscheinnahme. Gerade im Parkhaus der Rhein-Berg Galerie seien signifikante Unterschiede zur Anfangszeit feststellbar. Er führe das auf die attraktive Regelung des kostenfreien Parkens für Kunden während der ersten Stunde zurück, was Einfluss habe auf die Nutzung der städtischen Parkflächen.

Der Buchmühlenparkplatz und der Parkplatz auf dem Gelände der heutigen Rhein-Berg Galerie seien für die Stadt sehr einträgliche Parkflächen gewesen und es sei heute die Aufgabe darauf zu reagieren.

Herr Höring hält eine Verlagerung des Parkverhaltens für nachvollziehbar, zumal die privaten Parkflächen deutlich attraktiver, sauberer und ordentlicher seien als z.B. die Flächen in der Tiefgarage des Bergischen Löwens.

Aus Gründen der Wirtschaftsförderung solle an der Regelung des kostenfreien Parkens an den Adventsamstagen festgehalten werden, um den Standort Bergisch Gladbach auch gegenüber der starken Konkurrenz in Köln, Leverkusen und Siegburg attraktiv zu halten. Er bezweifle, dass ein Großteil der Einkaufswilligen bereit sei, auf Busse umzusteigen. Eher würde dieser Käuferstrom an Bergisch Gladbach vorbeigeleitet werden.

Ferner rege er an die Parkgepflogenheiten während der zweiten Abendstunde auch mittels Kontrollen zu beobachten und nach einiger Zeit gegenzurechnen, ob es sich lohne.

Beim Abwägen der vielfältigen Gesichtspunkte zur Kurzzeitparksituation und Parkgebühreneinbußen solle unbedingt mit berücksichtigt werden, dass es sich dabei um ein Kriterium der Attraktivität unserer Stadt und des Handels handle.

Herr Wagner verweist darauf, dass das Thema der Busse in der Vergangenheit mit der VIB und der KWS diskutiert worden sei. Kurzstreckentickets als Gegenleistung für gezahlte Parkgebühren seien ausgegeben worden. Die Annahme durch die Bevölkerung sei zwar in den einzelnen Stadtteilen unterschiedlich gewesen aber das insgesamt geringe Interesse habe zur Aufgabe der Maßnahme geführt. Auf Befragen habe man festgestellt, dass die wenigsten Leute mit öffentlichen Verkehrsmitteln angereist seien, sondern die meisten zu Fuß, mit dem Fahrrad oder dem Auto.

Herr Santillán spricht sich nicht grundsätzlich gegen einen parkgebührenfreien Adventssamstag aus. Ihm ist jedoch wichtig, auch den öffentlichen Nahverkehr zu fördern, u.U. als Einstieg, unterstützt von Werbemaßnahmen, zunächst einen Samstag.

Er bittet zu berücksichtigen, dass ein Verzicht auf die Brötchentastenregelung auch eine gewünschte Verminderung des Fahrzeugverkehrs in der Innenstadt haben könne. Dem widerspricht Herr Schlaghecken und weist nachdrücklich darauf hin, dass weniger Verkehr auch weniger Kaufkraft bedeute.

Herr Mömkes resümiert, dass ein Verzicht auf die Brötchentastenregelung vielleicht 100.000 € Mehreinnahmen bedeuten würden, aber auch u.U. tausende verärgerte Bürgerinnen und Bürger.

7. Information zum Baustellenmanagement in Bergisch Gladbach *0190/2012*

Herr Zalfen begrüßt die neue Art der Vorlagegestaltung und wünscht sich eine Fortsetzung in dieser Form.

Zu der auf S. 23 genannten Erneuerung der Radwege auf der Bensberger Straße und der daraus resultierenden Umleitungsgestaltung über Lückerrath, Saaler Straße bittet er, die Speditionen der Stadt gesondert auf die großräumigen anderen Umgehungswege hinzuweisen.

Herr Hardt informiert darüber, dass die grundsätzliche Gestaltung dieser ersten Vorlagen beibehalten werden solle. Veränderungen und Hinzunahmen würden entsprechend eingepflegt und vorgestellt werden, so dass Information über inhaltliche, zeitliche und verkehrliche Auswirkungen der einzelnen Baumaßnahmen leicht ersichtlich seien.

Zusätzlich informiert er darüber, dass die Baumaßnahme „Gewerbegebiet Vinzenz-Palotti-Straße“ nicht vor Frühjahr 2013 begonnen werde.

Nicht erfasst sei die Maßnahme der BELKAW Hauptstraße/Sander Straße, da bei Redaktionsschluss von einer abgeschlossenen Maßnahme ausgegangen worden sei. Dies sei jedoch erst kommende Woche der Fall.

Zur Baumaßnahme Gladbacher Straße/Bensberger Straße sei im zweiten Bauabschnitt geplant, den Verkehr Richtung Bensberg über Lückerrather Straße/Saaler Straße zu führen und den Gegenverkehr auf der Gladbacher/Bensberger Straße zu belassen. Die Information der Anwohner werde vorab erfolgen. Ferner werde der Landesbetrieb vorab auf seine Kosten im Lückerrather Weg Schadstellen

ausbessern um die Belastung in dieser Straße gering zu halten. Markierungen seien bereits aufgebracht. Der LKW-Verkehr über 7,5 Tonnen sei bereits darüber informiert, diesen Bereich großräumig über Dolmanstraße, Frankenforster Straße zu umfahren.

Herrn Buchens Frage nach der Software beantwortet Herr Hardt dahingehend, dass die Vorlage nicht ein Output aus der Aufbruchdatenbank, sondern separat zu sehen sei. Er werde die Anregung aufnehmen, in einer der nächsten Sitzungen über den aktuellen Sachstand der Aufbruchdatenbank zu berichten.

Herr Höring begrüßt ausdrücklich die farbige Gestaltung der Vorlage. Er regt an, die Baumaßnahmen auf der Internetseite der Stadt auch interessierten Bürgern zugänglich zu machen, was Herr Hardt zusagt. Ebenso sei beabsichtigt, die Übersicht der Baustellenablaufzeiten noch deutlich farblich unterschiedlicher zu gestalten und die Vorlagen regelmäßig zu aktualisieren.

Herr Karakus fragt nach der Kostenübernahme für die Fehlerbeseitigung in der Baumaßnahme Handstraße.

Herr Hardt geht davon aus, dass die Firma die Kosten übernehme bis auf gegebenenfalls einen minimalen Eigenanteil für die Stadt, der dann als Versicherungsschaden abgewickelt werden würde. Nach Einigung werde im Ausschuss darüber berichtet.

Zur Frage von Herrn Dr. Steffen nach neuen Erkenntnissen zu den Setzungen im Gewerbegebiet Obereschbach verweist Herr Mömkes auf für Freitag, den 20.04.2012 angekündigte Informationen. Ferner informiert er zur Frage der Unterbringung der Baustellenkontrolle im Baustellenmanagement darüber, dass das Baustellenmanagement in erster Linie dazu diene, die zeitliche Abfolge und die Übersicht über die aktuellen Baustellen im Stadtgebiet darzustellen. Die Baustellenkontrolle laufe parallel zur Baustellenausführung und hinterher die Abnahme. Das seien zwei völlig unterschiedliche Verfahren.

8. Lückenschluss Radweg Bensberger Straße
0188/2012

Die Mitteilungsvorlage wird ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

9. Beschluss über die Erstellung des Teil-Umsetzungsfahrplans für Strunde, Frankenforstbach und Saaler Mühlenbach
0184/2012

Herr Wagner stellt für die CDU-Fraktion den Antrag, diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen, weil noch Beratungsbedarf bestehe.

Falls die Information, dass für einen Teil dieses Beschlusses ein noch nicht entschiedenes Gerichtsverfahren anhängig sei, zutreffe, plädiere er dafür, dessen Ausgang abzuwarten.

Herr Wagner vom Abwasserwerk informiert dazu, dass es nach Rücksprache für die Bezirksregierung unbedenklich sei, in dem Verfahren kurzzeitig zu pausieren. Zu einer effizienten Abwicklung schlage er vor, Miniarbeitskreise zu bilden, die sich z.B. aus 1 – 2 Mitgliedern jeder Fraktion und Herrn Metzen oder Frau Reuscher zusammensetzen und in denen auf die anstehenden Fragen detaillierter eingegangen werden könne. Das Ergebnis werde protokolliert und in einer der nächsten Ausschusssitzungen komprimiert vorgestellt.

Da ein anhängiger Prozess nichts Ungewöhnliches sei, würde er gegenüber der Bezirksregierung erwähnt und der Hinweis auf Vorbehalt hinsichtlich seines Ausgangs gegeben.

Da die EU-Wasserrahmenrichtlinie für alle Gewässer gelte, regt Herr Dr. Steffen an, in den Zielkatalog als grundsätzliche Zielvereinbarung aufzunehmen, langfristig alle städtischen Gewässer, sofern technisch möglich, zu öffnen, um einen guten ökologischen Zustand herbeizuführen.

Insofern solle ein Appell an die Stadt Köln erfolgen, die Strunde auch in Mülheim zu öffnen, denn wenn sie nur in Abschnitten geöffnet sei, werde das Vorhaben, das gute ökologische Potential auch nutzbar zu machen, fehlschlagen.

Herr Mömkes erinnert daran, dass in der Vergangenheit im Gewässerschutz bereits Einigkeit über das vorrangige Ziel der Öffnung der Gewässer im Stadtgebiet bestanden habe, wo es überhaupt möglich sei und keine Gefahren berge. Das sei die Arbeitsgrundlage der Verwaltung und entbehre die Notwendigkeit einer Extrazielvereinbarung.

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr beschließt einstimmig,

- den Tageordnungspunkt zu vertagen,
- einen kleinen interfraktionellen Arbeitskreis einzurichten und
- in einem der nächsten Ausschüsse eine Beschlussvorlage zu machen, unter dem Vorbehalt der rechtlichen Klärung.

Anmerkung:

Die Verwaltung informiert, dass sie keine Kenntnis von einem anhängigen Rechtsverfahren bezüglich der Umsetzungsfahrpläne der Wasserrahmenrichtlinie hat. Einer Beschlussfassung steht aus rechtlicher Sicht nichts entgegen.

10. Ausbau der Straße "Neuer Traßweg" *0189/2012*

Herr Hardt ergänzt zur Vorlage, dass in der vergangenen Woche das Schreiben eines dort wohnenden Rechtsanwaltes eingegangen sei, mit Unterschriftenliste nahezu aller Anwohner, mit dem Hinweis, dass die Straße in den letzten Jahren vernachlässigt worden und nur dadurch ein Ausbau erforderlich geworden sei. Gebeten werde, nur die Fahrbahn zu erneuern und in den Gehwegen nur einzelne Platten auszutauschen.

Die Planung sei so überarbeitet worden, dass die Gehwege zu Lasten der Fahrbahn etwas verbreitert würden. Er erinnert an die Baumaßnahme Kippekausen und daran, dass eine Erneuerung der Fahrbahn ohne Austausch der Bordsteine nicht möglich sei.

Der Wunsch der Anwohner, auf den vorgeschlagenen Rundbord zu verzichten und statt dessen hohe Bordsteine dort einzubringen, werde mehr als Wunsch, den Gehweg nicht ausbauen zu wollen, interpretiert. Das werde mit den Anwohnern noch abgestimmt.

Herr Mömkes weist darauf hin, und bittet Herrn Hardt auch den Anwohnern zu verdeutlichen, dass die abgesenkten Bordsteine, zumindest teilweise, Barrierefreiheit ermöglichen.

Unter dem Vorbehalt, dass sich die Verwaltung über die Gehweggestaltung und die Bordsteine mit den Bürgern ins Benehmen setzt, fasst der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr mit einer Stimme Enthaltung von der Fraktion DIE LINKE/BfBB den Beschluss, die Straße „Neuer Trassweg“ entsprechend der vorgestellten Straßenplanung im Separationsprinzip auszubauen.

10.1. Wiederherstellung der Einmündungsbereiche Hauptstraße/Tannenbergstraße und Hauptstraße/Dechant-Müller-Straße *0207/2012*

Herr Dr. Steffen begrüßt, den Bewirtschaftungsweg des Regenüberlaufbeckens als Radweg zu nutzen, weist aber nachdrücklich darauf hin, dass für Radfahrer keine freie Orientierung möglich sei und beantragt, die Radwegplanung zu überdenken und zu ergänzen.

Wenn man auf der Hauptstraße vom Driescher Kreuz komme, sei es außerordentlich schwierig in die Cederwaldstraße einzubiegen, da man dazu als Radfahrer ungünstigerweise die Hauptstraße

2-mal kreuzen müsse.

Frau Schneider hat gehört, dass die Firma Kops noch ein Stück dazugekauft habe und fragt, ob das Auswirkungen auf die Straßenführung habe.

Darüber hinaus empfiehlt sie, die Straße jetzt so zu bauen, wie man sie tatsächlich brauche, um nicht als Folge heutiger falscher Sparüberlegungen später nachbauen zu müssen.

Zu dem Klärungsbedarf von Herrn Santillán, der davon ausgeht, dass der Ausbau einer künftigen Bahnunterführung dienen solle, stellt Herr Hardt klar, dass der Ausbau aktuell der Entlastung der unteren Hauptstraße dienen solle. Jetzt sei geplant, die Dechant-Müller-Straße in beide Fahrrichtungen zu befahren. Das einzige, was dabei unterbunden werden müsste, wäre ein Linksabbiegen aus der Dechant-Müller-Straße in die Kalkstraße, da das den Verkehr an dieser Stelle stark behindern würde.

Der Verkehr würde über die Kalkstraße ins Driescher Kreuz geleitet. Der Kreisverkehr sei bereits so konstruiert worden, wodurch sich der von Westen kommende Verkehr auf die Hauptstraße und die Kalkstraße verteile. Ein Teil bleibe auf der Hauptstraße, insbesondere der, der dann über diesen Bypass im Driescher Kreuz Richtung Odenthal/Herrenstrunden (nach Osten) abbiege, und der andere Teil hätte die Möglichkeit über die Dechant-Müller-Straße/Kalkstraße im Gegenverkehr zum Driescher Kreuz (nach Norden) zu gelangen. Das führe zu einer deutlichen Entlastung der unteren Hauptstraße.

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr stimmt der Planvariante 2 mehrheitlich zu bei drei Gegenstimmen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE/BfBB

11. **Verkehrsplanung Östliche Stadtmitte - Grundsatzbeschluss zum Umbau des Verkehrsknotens Odenthaler Straße / Hauptstraße**
0167/2012

Herr Zalfen erinnert an ein Hauptziel zu Beginn der Planungen, die verkehrliche Situation der Straße Am Mühlenberg/Vollmühlenweg zu entspannen.

Da die vorgelegten Varianten aber vorsehen, dass die Straße nicht abgebunden oder zur Einbahnstraße werden solle, sei ihm unverständlich, die Lichtsignalanlage an dieser Kreuzung zum jetzigen Zeitpunkt zu verändern. Die SPD-Fraktion wolle zunächst im Planungsausschuss sehen, was im B-Plan vorgesehen sei und sich erst dann Gedanken um die Verkehrssituation machen. Daher solle der TOP vertagt werden.

Herr Hörig stimmt für die CDU dem Antrag auf Vertagung und weiterer Beratung zu.

Unabhängig von jeglicher weitergehenden Planung müsse an der Einmündung etwas geschehen, unabhängig von der Bebauung, um eine Entlastung der Straße Vollmühlenweg/Am Mühlenberg herbeizuführen. Die CDU-Fraktion schlage vor, testweise eine Einbahnstraßenregelung z.B. für ein halbes Jahr einzuführen, um zu sehen, ob dadurch Entlastung erfolge.

Dann sei die Möglichkeit gegeben, zumindest von Odenthal kommend, in Richtung Herrenstrunden/Kürten zu fahren, aber die Abkürzungsmöglichkeit in die Gegenrichtung wäre nicht mehr möglich. Er halte das für wenig aufwändig, auch mit Verkehrszählungen und Anwohnerbefragungen.

In der Vorlage gebe es viele weitere Varianten zum Stadtboulevard, vom eigentlichen Knotenpunkt ausgehend in Richtung Schnabelsmühle und Driescher Kreuz. Dazu gebe es in der CDU-Fraktion Klärungsbedarf, zumal da auch noch Haushaltsmittel eingestellt seien.

Er schlägt vor, zeitnah auch hierzu einen interfraktionellen Arbeitskreis zu bilden, zusammen mit den Fachbereichen Planung, Verkehr und Stadtentwicklung, um eine gemeinsame Lösung herbeizuführen. Federführend würde die CDU-Fraktion dazu einladen.

Weiter fragt Herr Höring nach der Einbahnstraßenregelung und bittet, unabhängig von der Vertagung des übrigen TOP, die Verwaltung zu beauftragen, eine solche testweise einzurichten.

Herr Hardt hält das für machbar.

Herr Komenda bittet bei den künftigen Beratungen auf die Mitarbeit von Frau Professorin Drey im Beirat zu verzichten. Er nehme Anstoß daran, wie zwei verdiente Bürger der Stadt abgekanzelt und disqualifiziert worden seien.

Herr Schallehn erkundigt sich nach den Kosten für die unterschiedlichen Lösungsvarianten und fragt nach, ob es stimmen könne, dass die Kreisellösung ca. 6 Mio und die Ampellösung ca. 4 Mio Euro kosten würde und woher eine Stadt im Nothaushalt diese Mittel beziehen könne, eventuell über Landes- oder Bundesmittel oder über eine Schulschließung.

Herr Santillán schließt sich der Bitte an, die Kostenzusammensetzung zu verdeutlichen, ebenso dem Vorschlag auf Bildung eines Arbeitskreises und auf probeweise Einbahnstraßenregelung für die Straßen Am Mühlenberg und Vollmühlenweg.

Er hält es für dringend erforderlich, politische Ausschlussentscheidungen zu treffen, um nicht immer mehr und weitere überarbeitete Varianten zu Planungen zu erhalten, die man schon vom Grundsatz her nicht wolle. Den Kreisel halte er für politisch nicht durchsetzbar.

Herr Widdenhöfer informiert, dass man seit längerem beabsichtige, die Einbahnstraßenlösung auszuprobieren, aber durch die länger andauernden Bauarbeiten in der Hauptstraße immer wieder davon abgehalten worden sei.

Um unnötige Verkehrsflüsse zu vermeiden beabsichtige man, nicht den gesamten Verlauf der Straße Am Mühlenberg, Vollmühlenweg zur Einbahnstraße zu machen, sondern nur die Ausfahrt in die Hauptstraße mit einem Rechts- und Linksabbieger zu versehen und für die Gegenrichtung abzubinden. Das hätte zur Folge, dass man von der Hauptstraße nicht dort einbiegen könne, aber innerhalb der Straße Vollmühlenweg/Am Mühlenberg den Beidrichtungsverkehr beibehalte. Damit wolle man verhindern, dass der, der z.B. am Ärztehaus losfahren wolle in Richtung Odenthal, bei kompletter Einbahnstraßenregelung den gesamten Kreisel fahren müsse.

Auch seitens der Polizei werde der Rechtsabbiegeverkehr am Waatsack kritisch gesehen, denn hier befürchte man längere Rückstauungen am Viktoriakino in die obere Hauptstraße, zumal auch Fußgänger an der Odenthaler Straße den Verkehrsfluss queren.

Frau Müller-Veit informiert zur Frage von Herrn Galley nach Existenz und derzeitiger Funktion des Beirats, dass es ihn noch gebe, er aber mangels Entscheidungsthemen nicht mehr die Notwendigkeit gehabt habe, zu tagen. Die Themen in der Stadtmitte seien beschlossen. Wegen der Rahmenplanung werde der Beirat noch eingeladen werden.

Zur Kritik der SPD weist Frau Müller-Veit Herrn Komenda auf ihre Frage in der letzten Planungsausschusssitzung hin, ob diese Vorlagen wirklich gewollt seien. Sie hätte sie gerne allen erspart. Sie mahnt eine eindeutige Aussage an, dass diese Planung weder städtebaulich noch verkehrlich angemessen sei.

Zu den Kosten weist Frau Müller-Veit darauf hin, dass sehr dezidierte Fragen beantwortet worden seien. Die Varianten seien sehr unterschiedlich und wegen der unterschiedlichen Szenarien die Kosten auch, für T-Kreuzung, Kreuzung mit Abriss, ohne Abriss und lägen zwischen 4 Mio und 6 Mio Euro.

Herr Mömkes stellt klar, dass für den Inhalt eines Briefs der Verfasser verantwortlich sei.

Herr Höring ergänzt seinen Antrag dahingehend, die Verwaltung zu beauftragen, die Kosten für diverse Ampellösungen im Einmündungsbereich mit Waatsack und ohne zu ermitteln und als konkretes Zahlenmaterial vorzulegen.

Herr Mömkes bestätigt, dass ausschließlich die reine Ampelvariante mit Linksabbiegerspur ohne und mit Waatsack, nicht Stadtboulevard mit Quirls u.s.w. gewünscht werde, also ausdrücklich nicht der Aus- und Umbau ab dem Forumpark bis zur Kreuzung Odenthaler Straße, sondern lediglich die beampelte Kreuzung mit und ohne Waatsack und Kino.

Frau Müller-Veit sagt die schriftliche Beantwortung der Frage zu. Sie ergänzt hinsichtlich der Begrifflichkeit, dass als Stadtboulevard der Bereich der westlichen Stadtmitte, also von der Schnabelmühle bis zum Driescher Kreuz so bezeichnet werde, die Stadtkante zum Gelände der Firma Zanders. Der Bereich nördlich der Straße gehöre zur Stadtmitte. Auf die Fortführung des Stadtboulevards am Forum Park vorbei sei verzichtet worden.

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr stimmt dem Antrag zur Vertagung des Tagesordnungspunktes 11 einstimmig zu.

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr stimmt dem Antrag, in der Straße „Am Mühlenberg/Vollmühlenweg“ eine Einbahnstraßenlösung testweise einzurichten, einstimmig zu.

12. Anfragen der Mitglieder

Herr Komenda nimmt Bezug auf seine Anfrage in der letzten Ratssitzung, nach den zusätzlichen Einnahmen durch die Aufstellung von Straßenstopperrn in den Fußgängerzonen, diesen Punkt erneut zur Beratung in den Ausschuss einzubringen.

Diese Anregung wird von der Verwaltung aufgenommen für den nächsten Ausschuss.

Herr Schallehn erkundigt sich nach den Wahlmöglichkeiten, da die Wahlbenachrichtigungen teilweise schon bei den Bürgern eingegangen seien und ihn eine Bürgerin darauf angesprochen habe, dass eine Wahl wegen fehlender Unterlagen bei der Verwaltung noch nicht möglich sei. Er fragt, ob das zutrefte und ob man das bekannt machen könne.

Herr Widdenhöfer bestätigt, dass die Stimmzettel erst am Freitag eintreffen sollen, was auch durch Aushang bekannt gemacht worden sei, so dass Bürger die persönlich vorsprächen, noch nicht wählen könnten.

Herr Mömkes bittet Herrn Röhlen zu veranlassen, über die Presse zusätzlich zu informieren, dass die Stimmzettel ab Montag im Bürgerbüro im Stadthaus verfügbar sein würden.

Herr Buchens fragt nach dem Spielplatz in der Katharina-Frühlingsdorf-Straße, bei dem im vergangenen Jahr das Tor abgebaut worden sei, beantwortet Herr Leuthe dahingehend, dass zwischenzeitlich 2 Eishockeytore aufgestellt worden seien. Wegen Nachbarschaftsbeschwerden habe man auf das Aufstellen eines größeren Tores verzichtet, so dass die kleineren Kinder dort Fußball spielen können und die größeren zum nahe gelegenen Bolzplatz verwiesen werden. Darüber hinaus fragt Herr Buchen nach dem Einsatzbeginn der neu installierten Verkehrsüberwachungsanlagen, da er den Eindruck habe, dass sie noch nicht in Betrieb seien, aber man die erwarteten Einnahmen im Haushalt einkalkuliert habe.

Herr Widdenhöfer bestätigt, dass noch nicht alle Anlagen in Betrieb seien, aber dieser Zustand nicht mehr lange anhalte.

Herr Schlaghecken erkundigt sich nach dem Buchmühlenparkplatz. Dort sei für die Offenlegung der Baumaßnahme mehr ausgekoffert worden, so dass dadurch die Kosten steigen.

Herr Kremer informiert, dass es im Bereich des Gewässerbettes Probleme mit dem Untergrund gegeben habe. Die Pressungen seien nicht ausreichend gewesen, um die Last der Mauer abzutragen. Aus diesem Grunde habe unvorhersehbar mit Beton unterfüttert werden müssen. Die genauen Kosten lägen noch nicht vor. Durch diese Maßnahme sei aber die notwendige Tragfähigkeit herbeigeführt worden, zur Vermeidung von Folgeschäden.

Herr Höring fragt im Nachgang zu der Begehung der Fußgängerzone, in der die neuen Bäume im Bereich der Rhein-Berg Galerie ohne störenden Rand in die Fußgängerzone eingebettet seien. Die 4 bestehenden Bäume in der Poststraße seien in riesigen Rostkästen eingebettet, die 10 – 15 cm aus dem Boden herausragen und somit eine Stolperfalle bilden würden. Dieser Zustand entspräche eindeutig nicht dem Willen dieses Ausschusses und des Rates.

Herr Kremer informiert, dass wegen des Wurzelwerks ein Rahmen gesetzt werden müssen, da noch Substrat aufzubringen sei, zum Schutz der Wurzeln, die sonst aus den Plattenwegen herausragen würden. An diesem Zustand lasse sich momentan nichts ändern.

Herr Mömkes empfiehlt sich zum Schutz der Bäume der Macht des Faktischen zu beugen.

Herr Mömkes erkundigt sich nach dem alten und neuen Containerstellplatz am Refrather Friedhof. Herr Leuthe informiert, dass es sich um den neuen Stellplatz für den Rollcontainer, den der städtische Abfallwirtschaftsbetrieb bringen und abfahren könne, handle, Sobald der neue Platz genutzt werde, werde der alte Platz eliminiert und in einer anderen Form instand gesetzt.

Ende des öffentlichen Teils: 19.10 Uhr

Gezeichnet: Mömkes

Doris Kamenzky

Peter Mömkes
Stellvertretender Vorsitzender

Doris Kamenzky
Schriftführerin